

»Bürger in Uniform« gesucht

Bundeswehr-Lobby will Wehrpflicht, um Truppenstärke aufzustocken

Mehr Nachwuchs für die Bundeswehr, Kinder auch willkommen: Zum alljährlichen öffentlichen Gelöbnis von neuen Soldaten der deutschen Armee drehen Kriegsbegeisterte und Aufrüstungsfanatiker noch einmal zusätzlich auf. Die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl (SPD), forderte mehr Anstrengungen beim Anwerben weiterer Rekruten. »Es ist sehr fraglich, ob mit den bisherigen Maßnahmen und Ansätzen das ausgegebene Ziel, die Bundeswehr bis 2031 auf 203.000 Soldatinnen und Soldaten zu vergrößern, erreicht werden kann«, sagte Högl den Zeitungen des *Redaktionsnetzwerks Deutschland* vom Donnerstag. Es sei eine »erhebliche Kraftanstrengung« nötig, um die Bundeswehr für junge Leute attraktiver zu machen und mehr Nachwuchs zu gewinnen, sagte die Aufrüstungsbeauftragte. Es solle allerdings auch ein »realistisches Bild« der Aufgaben bei der Bundeswehr gezeichnet werden.

»Die Bundeswehr ist ein attraktiver Arbeitgeber, das muss man schon sagen«, behauptete Patrick Sensburg (CDU), Präsident des Reservistenver-

bandes am Donnerstag im *ARD*-»Morgenmagazin«. Die Streitkräfte seien aber »30 Jahre in eine falsche Richtung gegangen«. Um »verteidigungsfähig zu sein« und »abschrecken zu können«, brauche es mehr »Staatsbürger in Uniform«.

Um dies umzusetzen, forderte Sensburg die Reaktivierung der Wehrpflicht. Deren Aussetzung durch den damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) bezeichnete der Bundeswehr-Lobbyist Sensburg als Fehler. Doch hält er das von der Bundesregierung ausgegebene Ziel zur Vergrößerung der Bundeswehr auf 203.000 Soldaten bis 2031 für nicht ausreichend. »Junge Menschen kommen und wollen dienen, weil Landesverteidigung eben eine nachvollziehbare Aufgabe ist«, sagte Sensburg in der *ARD*, bezogen auf den Krieg in der Ukraine.

Kriegsminister Boris Pistorius (SPD) hat derweil einen fragwürdigen Masterplan: Er will künftig mehr öffentliche Gelöbnisse von Soldatinnen und Soldaten veranstalten lassen. Solche Feiern sollten zeigen, dass die Bundeswehr »in der Mitte der Gesellschaft steht und Re-

spekt und Anerkennung verdient«, sagte Pistorius am Donnerstag in Berlin. Das feierliche, öffentlich abgehaltene Gelöbnis am 20. Juli zum Jahrestag des Hitlerattentats solle verdeutlichen, dass die Bundeswehr in der Traditionslinie des Widerstands gegen die Nazidiktatur stehe.

Ali Al-Dailami, stellvertretender Vorsitzender und verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke, wertete am Donnerstag auf Anfrage von *junge Welt* den Vorstoß des Bundeswehr-Verbandspräsidenten Sensburg für eine Aufstockung auch über die Wehrpflicht als »unverantwortlich«. Deren Aussetzung 2011 sei richtig, doch wäre die gänzliche Abschaffung der bessere Weg gewesen. Die aktuelle Debatte zeige dies, insbesondere auch in Hinblick auf den Schutz von Minderjährigen, erklärte Al-Dailami. »Schließlich hat die Bundeswehr seit 2011 mindestens 17.599 Minderjährige rekrutiert«, betonte der Linke-Abgeordnete. Eine Aufforderung des UN-Kinderrechtsausschusses, diese Praxis zu unterlassen, lasse die Bundesregierung »auch weiterhin vollkommen unbeeindruckt«.

Annuschka Eckhardt

jw 20230721 Seite 7

Massenverweigerung in Israel

Reservisten wollen aus Protest gegen geplante »Justizreform« nicht zum Dienst antreten

Der Widerstand gegen die geplante »Justizreform« der Regierungskoalition aus Rechten und Ultrarechten erfasst immer breitere Kreise der israelischen Militär- und Einsatzkräfte. Am Donnerstag hat sich Nadav Argaman, Leiter des Inlandgeheimdienstes Schin Bet in den Jahren 2016 bis 2021, mit den Tausenden von Reserveoffizieren solidarisiert, die ihre Dienstverweigerung angekündigt hatten. Es gehe jetzt um Widerstand gegen einen beabsichtigten Staatsstreich, erklärte Argaman im Armeeradio. Jede Gesetzgebung ohne breiten Konsens werde Israel ins Chaos stürzen. »Wir stehen am Rand eines Bürgerkrieges.«

Die von Premierminister Benjamin Netanjahu geführte Regierungskoalition will in den nächsten Tagen ein heftig kritisiertes Gesetz verabschieden, das die Opposition zur »roten Linie« erklärt hat, die nicht überschritten werden dürfe. Die Regelung hebt die Möglichkeit des Obersten Gerichtshofs und anderer Gerichte auf, Entscheidungen des Parlaments und der Regierung mit der Begründung zu widersprechen,

dass sie »nicht vernunftgemäß« seien. Das Gesetz hat die Knesset schon am 10. Juli in erster Lesung passiert. Die zweite und dritte Lesung sollen am Sonntag und Montag folgen. An der Annahme bestehen keine Zweifel, da die Koalition 64 der 120 Abgeordneten stellt.

In dieser brisanten Lage nehmen die Verweigerungsdrohungen aus den Streitkräften, die es schon seit Bekanntwerden der Regierungspläne im Januar gibt, drastisch zu. Der private Fernsehsender *Channel 12* berichtete am Sonntag, offenbar aufgrund eigener Recherchen, 4.000 Reservisten »in Schlüsselpositionen« hätten Briefe unterschrieben, dass sie aus Protest nicht zum Dienst antreten würden. Diese Zahl ist wahrscheinlich nicht vollständig und umfasst nur die Menge der Unterzeichner bekanntgewordener Stellungnahmen. Außerdem werden dabei nur besonders qualifizierte Reservisten im Offiziersrang berücksichtigt, wie etwa Piloten, Techniker, IT-Spezialisten, Angehörige von Kommandoeinheiten oder Ärzte. Hinzuzurechnen

sind Unterstützungserklärungen von ehemaligen Offizieren, die aus Altersgründen nicht mehr im aktiven Dienst sind. Beispielsweise wurde am vorigen Mittwoch ein Brief von früheren Angehörigen der Luftwaffe bekannt, in dem sie ihre Solidarität mit den sich verweigern den Reservisten erklärten. Unterschrieben hatten unter anderem der ehemalige Generalstabschef Dan Halutz, zwei ehemalige Luftwaffenchefs und Amos Jadlin, ein ehemaliger Leiter des Militärgeheimdienstes.

Es geht, soweit bisher bekannt wurde, bei den Verweigerungen ausschließlich um Tätigkeiten, zu denen keine formale Verpflichtung besteht. Dazu gehört zum Beispiel das regelmäßige Training früherer Piloten nach Ende ihrer aktiven Dienstzeit. Das Funktionieren der israelischen Streitkräfte beruht außerdem darauf, dass viele qualifizierte Reserveoffiziere zeitweise freiwilligen Dienst leisten. Angeblich aufgrund einer detaillierten Untersuchung über das Ausmaß der Verweigerungsbewegung und deren Verteilung auf einzelne Bereiche er-

klärte die Führung der Streitkräfte am Mittwoch, dass immer noch genug Reservisten verfügbar seien und Israel »voll kriegsfähig« sei. Gleichzeitig wurde davor gewarnt, dass die Zahl der Verweigerer in den kommenden Tagen oder Wochen »exponentiell« ansteigen könne, aber auch beschwichtigt, dass das nicht zwangsläufig der Fall sein müsse.

Die Militärführung versucht außerdem, dem Trend durch patriotische Appelle, Truppenbesuche und Treffen mit Reservisten zu begegnen. Bisher wurde nicht bekannt, dass Reservisten, die eine Verweigerung angekündigt hatten, zur Rechenschaft gezogen wurden. So lange es nur um freiwilliges Engagement geht und nicht etwa um Einberufungsbefehle zu Reservierungen, ist mit strafrechtlichen oder direkten disziplinarischen Maßnahmen vermutlich nicht zu rechnen. Vorstellbar ist aber zum Beispiel, dass Piloten der Luftwaffenreserve, die nicht regelmäßig trainieren, in ihrer Einsatzfähigkeit heruntergestuft werden.

Knut Mellenthin